

Die BDP-Fraktion begrüsst den GPK-Bericht als gute, kritische und umfassende Arbeit. Die GPK hat sich dabei im Rahmen der parlamentarischen Oberaufsicht auf das Verhalten der Behörden konzentriert, und das war auch ihre Aufgabe. Nichtsdestotrotz halten wir fest, dass die UBS mit dem Fehlverhalten ihrer Angestellten in den USA die Hauptverantwortung für die eingetretenen Ereignisse trägt - aber auch die USA, die keinerlei Rücksicht auf andere Rechtsordnungen nehmen, um ihre Interessen durchzusetzen. Beides wird von der BDP aufs Schärfste verurteilt.

Sorge bereitet der BDP die Situation im Bundesrat. So hat der Vorsteher des EFD zu spät informiert, und der Gesamtbundesrat hat dann auch entsprechend zu spät gehandelt. Ganz generell wurde aber das Departementalprinzip zu stark priorisiert, die Verantwortung als Kollegialbehörde nicht wahrgenommen. Dazu beigetragen hat sicher auch die fehlende Geschäftskontrolle und, dass über wichtige Sitzungen nicht einmal Protokolle erstellt wurden. Das ist für jedes Unternehmen eine unvorstellbare Situation. Der Mangel an effektiver Führung und Zusammenarbeit im Bundesrat ist ein Problem und muss angegangen werden.

Für schwerwiegend erachtet die BDP sodann insbesondere die Versäumnisse und Fehler im Bereich der Aufsicht. Die EBK bzw. die Finma hat ihre Aufsichtsaufgabe nur ungenügend und viel zu wenig kritisch wahrgenommen. Eine Verbesserung der Aufsichtsinstrumente und -praktiken ist deshalb mehr als dringend.

Vor einigen Monaten wurde der Ruf nach einer PUK plötzlich laut und lauter. Als die GPK ihre Arbeiten vor mehr als einem Jahr aufgenommen hat und dabei bereits die gleichen Fragen wie heute im Raum gestanden haben, hat das gar niemanden interessiert, auch die Medien nicht. Die GPK hat in intensiver Arbeit eine gründliche Abklärung der aufgeworfenen Fragen vorgenommen. Sie hat in ihrem Bericht den Handlungsbedarf aufgezeigt und verlangt mit Motionen, Postulaten und Empfehlungen entsprechende Massnahmen. Eine PUK soll sich nun noch einmal mit den genau gleichen Fragen befassen. Wir sehen nicht, was dies ausser einer grossen neuen Arbeit an wesentlichem Mehrwert und grundlegend neuen Erkenntnissen mit Blick auf das Verhalten unserer Behörden bringen würde, umso mehr, als die GPK Einsicht in alle Unterlagen hatte und alle Personen befragen konnte. Denn auch eine PUK kann nur im Rahmen der parlamentarischen Oberaufsicht tätig sein, und auch eine PUK hat sich an die Grundsätze der Gewaltenteilung in unserem Land zu halten.

Die BDP ist durchaus der Meinung, dass es noch Zusatzabklärungen braucht. Aber eine PUK ist dafür das falsche Instrument. Diese Zusatzabklärungen sind vielmehr von der UBS, vom Bundesrat und dann insbesondere auch von der Finma vorzunehmen. Gerade bei der Finma sehen wir noch sehr grossen Handlungsbedarf.

Noch ein Letztes: Es gehört auch zur politischen Verantwortung, die wir haben, jetzt nicht falsche Erwartungen zu den Möglichkeiten und Resultaten einer PUK zu wecken, sondern vielmehr die rasche Umsetzung aller GPK-Forderungen zu unterstützen. Die BDP wird dies tun und lehnt deshalb auch die Einsetzung einer PUK ab.